

Schweden: Konjunktur im Aufwind von Export und Inlandsnachfrage

24

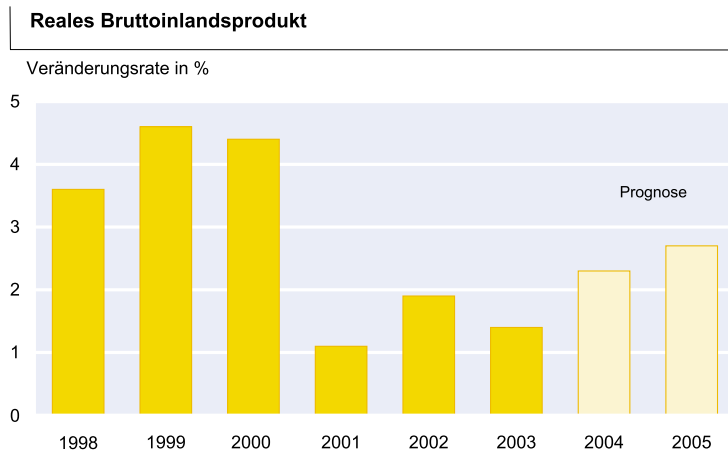
Oscar-Erich Kuntze

Langsames Wirtschaftswachstum 2003. Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Expansion 2004 und bis ins Jahr 2005 hinein, zunehmend getragen von der Inlandsnachfrage. Geldpolitik stimuliert zunächst weiter. Wechselkurs der Krone steigt noch etwas. Leicht restriktive Finanzpolitik. Abstimmung über Einführung des Euro im September 2003 negativ ausgefallen. Arbeitslosenquote erhöht sich noch etwas, geht ab Mitte 2004 zurück. Verbraucherpreise steigen moderat. Leistungsbilanz weist weiterhin deutliche Überschüsse aus.

Im politischen und sozialen Umfeld dominierten 2003 mehrere Ereignissen, welche die Öffentlichkeit stark beschäftigt haben: Streiks im öffentlichen Dienst. Die Volksabstimmung über die Einführung des Euro. Der Mord an Außenministerin Lindt. Vorwürfe der Selbstbereicherung und Bestechung beim größten Versicherungskonzern des Landes sowie beim staatlichen Alkoholmonopol. Starke Kostensteigerungen im öffentlichen Gesundheitswesen. Ein Streit über den regionalen Finanzausgleich zwischen armen und reichen Regionen, wozu letztere auf ihre leeren Kassen verweisend, nichts zusätzlich abgeben wollen. Der Führungswechsel bei der Konservativen Partei (Moderate Samlingspartiet). Hinzu kommen die in und zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Organisationen auftretenden Risse, die das tradierte Bild von einer in Geborgenheit und allgemeiner Solidarität des weitgehend staatlich organisierten »svenska Folkhem« lebenden Konsensgesellschaft erheblich beschädigen.

Am 14. September fand ein Referendum über die Einführung des Euro – Schwe-

den ist hierzu durch die Maastrichter Verträge eigentlich verpflichtet – statt. Bei einer Stimmbeteiligung von 81% plädierten 56,1% gegen und nur 41,8% für die europäische Währung. Im Vorfeld hatten aufwühlende Debatten stattgefunden, welche tiefe Spaltungen zwischen den Bevölkerungsgruppen offenbarten. Gegen den Euro optierten vorwiegend jene, die von dem neuen Währungsregime Abstriche am stark ausgebauten wohlfahrtsstaatlichen System befürchteten: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Frauen, Arbeitslose, Kranke, Rentner. Der Norden des Landes votierte ganz überwiegend mit Nein; lediglich in den Regionen Stockholm und Schonen stimmte man mehrheitlich mit Ja. Parteien, die der Minderheitsregierung nahe stehen, übten sich in teilweise heftiger Ablehnung. Die Risse gingen durch Parteien, Gewerkschaften (die Führungsgremien der wichtigsten Verbände LO, TCO und Saco hatten sich wenige Tage vor dem Referendum zu einem gemeinsamen Ja durchgerungen, das auch fast durchgängig von wirtschaftlichen Establishment befürwortet wurde), Familien und durch die Regierung. Das gilt auch für die Sozialdemokratische Partei, deren Vorsitzender, Ministerpräsident Persson, sich sehr für den Euro engagiert hatte, kräftig unterstützt von drei der vier bürgerlichen Oppositionsparteien. Einen Rücktritt lehnte er ab und reagierte auf die neue Situation mit einer Regierungsumbildung, neuen Ansätzen zur Überwindung der Spaltung innerhalb seiner Partei und innerhalb des dieser nahe stehenden führenden Gewerkschaftsverbandes LO sowie mit der Ankündigung einer neuen wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Im Kabinett sowie in der nun schwieriger gewordenen Situation gegenüber den an-

deren EU-Staaten muss er ohne die beliebte **Außenministerin Lindh** – auch sie eine engagierte Befürworterin des Euro – auskommen. Sie wurde kurz vor dem Referendum ermordet. Dies wurde als Indiz für das rauer gewordene gesellschaftliche Klima gewertet und hat die Diskussion über und die Zweifel an der einen Teil der schwedischen Identität ausmachenden offenen Gesellschaft kräftig angefacht.

Im Herbst erfolgte bei der größten Oppositionspartei, den **Konservativen**, ein **Führungswechsel**. Diese hatten bei den Reichstagswahlen 2002 ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt und nurmehr 15,2% der Stimmen erhalten. Ihrer Führung unter Bo Lundgren war es seitdem nicht gelungen, an Profil und Popularität zu gewinnen. Fredrik Reinfeld, der neue Vorsitzende, verfolgt deutlich neoliberale wirtschaftspolitische Ziele und hofft, zusammen mit den anderen Parteien des bürgerlichen Lagers die Regierung ablösen zu können. Die Chancen hierfür stehen indes nicht allzu gut. Zu deutlich ist die Konkurrenz und zu gespannt das Verhältnis zwischen Konservativen und der liberalen Folkepartiet (sie erhielt 13,3% der Stimmen bei der letzten Reichstagswahl). Letztere suchte eher die Zusammenarbeit mit der Umweltpartei. Die agrarisch geprägte Zentrumspartei steht der Linken näher als den anderen bürgerlichen Parteien, und mit der kleinen Christlichdemokratischen Partei bestehen ebenfalls Differenzen.

Im Mai kam es zu **umfangreichen Streiks im öffentlich Dienst**. Sie betrafen vor allem das Gesundheitswesen und die Kindergärten. Die relativ schlecht bezahlten Beschäftigten forderten Lohnerhöhungen, welche die Einkommensdiskrepanzen innerhalb des öffentlichen Dienstes verringern sollten. Die Gemeindeverwaltungen weigerten sich unter Hinweis auf ihre angespannte Finanzlage. Sie gaben erst nach, als die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe mit einem Arbeitskampf drohten. Man einigte sich auf spürbare Lohnerhöhungen für 2003 und 2004. Damit ist jedoch das bereits Mitte der neunziger Jahre brisante Problem der gehaltlich gegenüber der Privatwirtschaft vergleichsweise schlecht gestellten öffentlich Bediensteten, gerade auch der Lehrer, nicht gelöst.

Ein weiteres Thema mit Breitenwirkung ist die **Kostenexplosion im Gesundheitswesen**, das den Regionalverwaltungen untersteht. Sie erklärt sich zu einem großen Teil aus einer übermäßigen Ausnutzung des umfangreichen medizinischen Angebots, gefördert durch die Neigung vieler Ärzte, ein Maximum an Leistungen zu erbringen, anstatt sich auf das Notwendige zu beschränken, was zudem für überlange Wartezeiten sorgt. Die Behörden von Östergötland haben denn auch im vorigen Herbst das medizinische Angebot eingeschränkt, um eine Erhöhung regionaler Steuern zu vermeiden.

Ebenfalls seit vorigem Herbst erschütterten **Skandale** das Land, bei denen es um Selbstbereicherung und Bestechung

in großen Unternehmen ging. Der größte schwedische Versicherungskonzern, Skandia, sollte beim Verkauf eines Tochterunternehmens dessen Versicherungsnehmer geschädigt haben. Ferner hatten sich seine Spitzenmanager gegenseitig extrem überhöhte Boni sowie die Renovierung von Luxuswohnungen auf Kosten des Unternehmens gewährt. Der andere Fall betrifft die staatliche Alkoholmonopolgesellschaft Systembolaget. Hier hatten Manager von Lieferanten über Jahre hinweg Zuwendungen in Form von Reisen, Bargeld und anderen Annehmlichkeiten erhalten. Beide Fälle haben dazu beigetragen, den bereits während der Vorjahre zu beobachtenden allgemeinen Vertrauensverlust in Manager und Finanzmarktakteure zu verfestigen, was wirtschaftspolitische Reformen behindert. Die allgemeine Aufregung zeigt aber auch, dass trotz der allmählichen Erosion tradierter Werte u.a. das Gefühl für soziale Kohärenz noch sehr ausgeprägt, der Weg zu anglo-amerikanischen Zuständen noch weit ist.

Wirtschaftspolitische Anregungen für die Konjunktur sind insgesamt nicht zu erwarten. Die Reichsbank hält an ihren geldpolitischen Grundsätzen fest. Das Stabilitätsziel – eine Teuerungsrate von 2% p.a. mit geringen Toleranzen nach beiden Seiten bleibt prioritär – erlaubt jedoch zunächst eine weiterhin stimulierende Geldpolitik. Der Wechselkurs der Krone ist weiterhin flexibel und dürfte noch etwas steigen. Die Finanzpolitik zieht allmählich die Zügel an, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem mittels sparsamer Ausgabengebarung voran zu bringen. Es kommt aber auch zu Steuer- und Gebührenerhöhungen. Ein wichtiges Ziel ist ferner, die im westeuropäischen Vergleich ungewöhnlich hohe Zahl von Krankschreibungen bei Arbeitnehmern deutlich zu verringern. Insgesamt dürfte das Wirtschaftswachstum auf absehbare Zeit von der Wirtschaftspolitik kaum Anregungen bekommen, zumal die Lohnpolitik einen etwas moderateren Kurs steuert. Für einschneidende wirtschaftliche Reformen, wie sie vor allem während der ersten Hälfte der neunziger Jahre durchgedrückt worden waren, zeigen sich indes angesichts der geschwächten politischen Stellung des Premierministers wenig Ansätze. Auch scheint die Mehrheit der Wähler weiteren Umwälzungen durchaus abgeneigt, was auch mit dem beschädigten Vertrauen in Manager und Finanzmarktakteure zusammenhängt.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2³/₄%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um ³/₄% zu, im Euroraum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegen-

über 2002 unverändert. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf Dollar-Basis um etwa 14%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2002 in einer Größenordnung von 5% expandiert.

Das **schwedische Wirtschaftswachstum** wies unter Schwankungen moderat aufwärts, obwohl auch hier der Irak-Konflikt und der starke Ölpreisanstieg im Frühjahr gebremst haben. Eine Phase der Stagnation oder gar ein kurzfristiger Rückgang von Nachfrage und Produktion, wie er in vielen westeuropäischen Ländern 2003 zu beobachten war, traten nicht auf. Die Geldpolitik stimulierte spürbar, während die finanzpolitischen Zügel weiter gelockert wurden. Dämpfend wirkte hingegen die Aufwertung der Krone – sehr ausgeprägt gegenüber dem US-Dollar, aber nur geringfügig gegenüber dem Euro, womit allerdings die zuvor bestehende lediglich stark vermindert wurde. Gleichwohl war der Export nach zwei Jahren mit sehr schwacher Entwicklung die weitaus dynamischste Komponente auf der Nachfrageseite, wobei die nach dem ausgeprägten Einbruch zu Beginn des Jahrzehnts weltweit weiter deutlich aufwärts gerichtete Nachfrage nach IT-Produkten eine wesentliche Rolle spielte. Da die Einfuhr schwächer zunahm als die Ausfuhr, erhöhte sich das Aktivum der Leistungsbilanz spürbar. Der private Konsum erholte sich, angeregt insbesondere durch gesunkene Zinsen, gestiegene Aktienkurse und Hauspreise. Der öffentliche Verbrauch nahm im Verlauf kaum und im Vorjahresvergleich nur wenig zu als Folge der leicht restriktiven Finanzpolitik. Die seit 2002 zu beobachtende Rezession der Bruttoanlageinvestitionen setzte sich, wenn auch abgeschwächt, bis weit in das Jahr hinein fort; betroffen waren die verarbeitende Industrie, der Dienstleistungssektor sowie der öffentliche Bau. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** ist um 1¹/₂% gestiegen – stärker als der westeuropäische Durchschnitt, aber langsamer als das Produktionspotential (ca. 2% p.a.). Da hiermit ein kräftiger Produktivitätsanstieg im privaten Wirtschaftssektor einherging, verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosenquote hat sich bei Verhalten zunehmender Beschäftigung im Jahresdurchschnitt auf 5¹/₂% erhöht – im westeuropäischen Vergleich eine sehr niedrige Rate. Nach der kräftigen Inflationsbeschleunigung zu Jahresbeginn, ausgelöst durch sehr stark steigende Energiepreise, herrschte annähernd Preisstabilität. Die Verbraucherpreise (HVPI) lagen um 2,3% über dem Niveau von 2002.

Im Zuge der anziehenden Weltkonjunktur expandierte die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen nach den sehr schwachen Jahren 2001 und 2002 überraschend stark um rund 5% und damit wesentlich rascher als die anderen Kom-

ponenten auf der Nachfrageseite. Dies, obwohl die Krone sich gegenüber dem US-Dollar sehr stark, gegenüber dem Pfund Sterling mäßig und dem Euro nur geringfügig aufgewertet hatte. Allerdings war damit lediglich die vorher bestehende ausgeprägte Unterbewertung weitgehend ausgeglichen worden. Zudem zeigte sich einmal mehr, dass weniger die Entwicklung des Wechselkurses, sondern Veränderungen der Weltnachfrage ausschlaggebend für die Exportentwicklung sind. So profitierten vor allem die Lieferungen von IT-Produkten von der allgemein deutlich beschleunigt zunehmenden Nachfrage in diesem Segment. Aber auch der Absatz von Pharmazeutika und Automobilen – zweier weiterer sehr wichtiger Exportkategorien – konnte erheblich gesteigert werden. Da die **Einfuhr** nicht mehr sank, sondern vielmehr noch etwas stärker stieg als die Ausfuhr, wies die **Leistungsbilanz** einen auf eine Größenordnung von 4% des BIP gesunkenen Überschuss aus, obwohl die Terms of Trade nach jahrelanger Verschlechterung wieder günstiger geworden waren.

Der **private Konsum** nahm um etwa 2% und damit etwas kräftiger als 2002 zu. Ausschlaggebend waren steigende Aktienkurse (reichlich drei Viertel der Bevölkerung sind in Aktien engagiert, also erheblich mehr als im westeuropäischen Durchschnitt) nach den herben Vermögensverlusten durch die vorangegangene Aktien-Baisse, höhere Preise für Wohnimmobilien und gesunkene Zinsen. Ferner standen teilweise erheblich erhöhten staatlichen Transferzahlungen (Sozialrenten, Lohnersatzleistungen bei Krankheit und Erziehungsurlaub) nur mäßige Steuererhöhungen gegenüber. Allerdings nahm die Beschäftigung etwas ab. Und die Nominallöhne sind mit durchschnittlich 3³/₄% langsamer gestiegen als 2002 (wobei wieder eine erhebliche Wage-drift anfiel), obwohl im öffentlichen Dienst ab Jahresmitte teilweise erhebliche Anhebungen durchgesetzt wurden. Da die Konsumentenpreise etwas stärker stiegen als im Vorjahr, nahmen auch die Reallöhne verlangsamt zu. Die 2002 als Reaktion sowohl auf die Vermögensverluste durch den Aktiencrash als auch infolge der kräftigen Steuererleichterungen sprunghaft gestiegene Sparquote verharrte auf dem für schwedische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Stand von 12¹/₄%. Von der verbesserten Konsumkonjunktur profitierten in erster Linie dauerhafte Güter (u.a. Automobile, IT-Erzeugnisse, Unterhaltungselektronik). Der **öffentliche Verbrauch** hat sich im Zuge der etwas gestrafften finanzpolitischen Linie im Jahresverlauf nur wenig und gegenüber 2002 um rund 1% erhöht.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** ging die seit dem zweiten Quartal 2001 zu beobachtende Rezession weiter. Zwar wurde der Rückgang langsamer, doch verbreiterte sich die Basis insofern, als nun auch die öffentlichen Investitionen (vor allem Bauinvestitionen) eingeschränkt wurden. In der verarbeitenden Industrie wurden die Investitionen nochmals kräftig zurückgenommen. Wie das im Sommerhalbjahr stark verschlechterte, auf der Basis von Unternehmensbefragungen erhobene Geschäftsklima zeigt, wurden Absatz- und

Ertragsaussichten sehr zurückhaltend beurteilt; allerdings ist die Ertragslage im langfristigen Vergleich nicht besonders schlecht gewesen. Dies, obwohl die Auslastung der Kapazitäten etwas stieg – sie lag allerdings zuletzt immer noch spürbar unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Im Dienstleistungssektor, welcher ähnlich der verarbeitenden Industrie 2002 um 7,7% weniger investiert hatte, lief die Rezession gegen Ende 2003 aus. Der Wohnungsbau nahm zwar gegenüber 2002 deutlich zu, doch beruhte dies hauptsächlich auf einem kräftigen Überhang zu Jahresbeginn. Im Verlauf war der Zuwachs indes trotz gesunkener Zinsen schwach, was wesentlich auf die Entwicklung in der Region Stockholm zurückzuführen war, wo die Investitionen einbrachen.

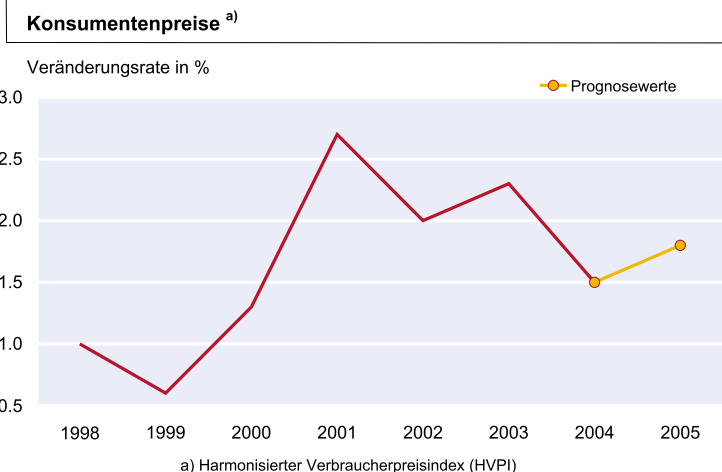
Auf dem **Arbeitsmarkt** verschlechterte sich die Lage. So nahm die Beschäftigung bei weiter zunehmender Teilzeitbeschäftigung etwas ab, auch weil die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeschränkt wurden, obwohl viele Unternehmen qualifizierte Kräfte, trotz ungenügender Auslastung mit Blick auf den nächsten Aufschwung und dem dann zu erwartenden Facharbeitermangel, weiter gehalten haben. Zudem stieg das Angebot an Arbeitskräften weiter, so dass sich die Arbeitslosenquote im Schnitt des Jahres auf 5 1/2% erhöhte. Die im westeuropäischen Vergleich ohnehin sehr hohe krankheitsbedingte Abwesenheit vom Arbeitsplatz nahm nochmals zu.

Die **Konsumentenpreise** erhöhten sich in den Wintermonaten 2002/2003 rasch, bedingt durch den starken Preisauftrieb bei Ölprodukten und bei Elektrizität. Anschließend waren sie tendenziell stabil, da der Lohnkostendruck nachließ, die Verbilligung der Importe stabilisierend wirkte und kaum indirekte Steuern angehoben wurden. Auch war die konjunkturelle Erholung noch nicht lebhaft genug, um den Unternehmen nennenswerte Ausweitungen der Gewinnmargen zu erlauben. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) um 2,3%.

Die **Geldpolitik** wird der Konjunktur noch bis weit in das Jahr 2005 hinein Impulse geben, nachdem die Reichsbank den hier als Schlüsselzins geltenden Repo-Satz Mitte Februar 2004 weiter auf 2,5% zurückgenommen hat. Im ersten Halbjahr 2003 war er in drei Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt auf 2,75% gesenkt worden; im zweiten Halbjahr 2002 hatte er die längste Zeit 4,25% betragen. Selbst wenn die Zentralbank gegen Ende dieses Jahres oder Anfang 2005 dem Vorgehen der US-Notenbank und der Europäischen Zentralbank folgen und ihren Schlüsselsatz heraufsetzen sollte, bliebe das für die Konjunktur im kommenden Jahr infolge der erst mit erheblicher Verzögerung eintretenden dämpfenden Wirkung ohne nennenswerte Relevanz. Dies umso mehr, als Liquidität (gemessen an M3) zur Finanzierung des Aufschwungs reichlich vorhanden ist und von einer Kreditklemme nicht die Rede sein kann, da die Finanzinstitute seit der Bankenkrise in den frühen neunziger Jahren gründlich restrukturiert und auf eine gesunde Basis gestellt wurden. Die jüngste Leitzinsänderung resultiert aus der noch verhaltenen konjunkturellen Erholung bei spürbar weiter zunehmender Arbeitslosigkeit, dem wahrscheinlichen weiteren Anstieg des handelsgewichteten Wechselkurses der Krone (erst kürzlich hatte die norwegische Zentralbank mit einer Leitzinssenkung auf den Kursanstieg der Krone reagiert) sowie dem mäßigen Preisanstieg. Für die Reichsbank bedeutet letzterer mit Blick auf ihre stabilitätspolitische Maßgabe – die weitgehend der Verbraucherpreisentwicklung entsprechende Kernrate der Inflation soll auf mittlere Sicht innerhalb einer Bandbreite von 2% ± 1 Prozentpunkt gehalten werden – eine komfortable Lage und einigen zinspolitischen Spielraum. Auch will man die kurzfristigen schwedischen Realzinsen weiter in Richtung auf das im Euroraum geltende Niveau drücken, was auch das Zinsdifferential im langfristigen Bereich verringern könnte. Und schließlich soll der Wechselkurs der Krone zumindest gegenüber dem Euro nicht weiter steigen. Diese ist immer noch etwas unterbewertet, obwohl sie nach dem Euro-Referendum erheblich zugelegt hatte; in den Monaten davor war sie indes

Wirtschaftspolitik

Im laufenden Jahr und 2005 dürfte die Wirtschaftspolitik der Konjunktur insgesamt kaum Impulse geben. Zwar stimuliert die Geldpolitik noch bis ins kommende Jahr hinein. Doch die finanzpolitischen Zügel werden allmählich angezogen. Die Krone dürfte zwar kaum gegenüber dem Euro, wohl aber gegenüber den Währungen des Dollarraums weiter aufwerten, was ebenfalls bremst. Und schließlich steuert die Lohnpolitik zunächst noch einen etwas moderateren Kurs, der jedoch 2005 expansiver wird. Zumindest 2004 dürften die Reallöhne etwas rascher steigen als im Jahr zuvor.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wegen der steigenden Unsicherheiten bezüglich des Ausgangs der Euro-Volksabstimmung deutlich gesunken. Im Schnitt des Jahres 2003 lag der Wechselkurs gegenüber dem Euro nur um 0,4% über dem Niveau von 2002. Die Parität der Krone ist seit Jahren nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber dem Euro und dem Pfund Sterling auch kurzfristig sehr volatil, was die Wirtschaft bei einer Exportquote (Güter und Dienstleistungen) am Bruttoinlandsprodukt von 43,3% (2002) mit erheblichen Kurssicherungskosten belastet. Die von den Euro-Befürwortern vor dem Referendum herausgestrichenen negativen Szenarien für den Wechselkurs der Krone sind nicht eingetreten. Doch sollten sich die schwedischen Euro-Gegner deshalb noch nicht in Sicherheit wiegen. Die Nagelprobe kommt bei den nächsten weltweiten Währungsturbulenzen. Sie dürften die Geldpolitik und die außenwirtschaftlich orientierten Unternehmen auf eine harte Probe stellen.

Die **Finanzpolitik** zieht die Zügel allmählich an, nachdem der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte von 4,5% des BIP im Jahre 2001 im vorigen Jahr auf fast null geschrumpft war. Das über den Konjunkturzyklus hinweg vorgegebene finanzpolitische Ziel eines Finanzierungsüberschusses von 2% p.a. ist damit allerdings dank des hohen Aktivums 2001 nicht gefährdet. Der laufende Staatshaushalt sieht eine wieder konsolidierungsorientierte Linie vor unter Betonung einer zurückhaltenden Ausgabengebarung, zumal weitere Privatisierungen staatlichen Eigentums nicht auf der Agenda stehen. Steuererleichterungen wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Bereits 2002 trat der Staat der sich deutlich verschlechternden Haushaltsslage in einem Nachtragshaushalt entgegen, welcher Abstriche auch für das Jahr 2004 vorsah, von denen selbst Sozialausgaben nicht verschont blieben. Während der Staat sich hauptsächlich auf die Anhebung der Energiesteuern beschränkt, wollen die Regionen und Gemeinden Steuern und Gebühren wiederum teilweise spürbar erhöhen; der zusätzliche Ertrag wird für die Jahre 2003 und 2004 auf rund 13 Mrd. Kronen geschätzt, wovon allein 8 Milliarden auf Stockholm entfallen. Die Gebietskörperschaften sind zu ausgeglichenen Budgets verpflichtet und müssen, so ein Defizit auftreten sollte, dieses innerhalb von zwei Jahren ausgleichen. Um der nach dem ablehnenden Euro-Referendum drohenden Verlagerung von Produktionen vorzubeugen, wurden die Arbeitgeberabgaben zur Sozialversicherung um 0,12 Prozentpunkte herabgesetzt. Kleinunternehmen werden steuerlich zusätzlich um insgesamt rund 1 Mrd. Kronen entlastet. Heuer dürften die öffentlichen Haushalte dank anhaltend hoher Überschüsse der Sozialversicherung einen Finanzierungsüberschuss in der Größenordnung von 1/2% des BIP ausweisen, und 2005 dürfte er auf rund 1% steigen, wobei diese Verbesserung wesentlich auf die mit der konjunkturellen Erholung verbundenen Mehreinnahmen und Minderausgaben zurückzuführen ist. Das mittelfristige Konsolidierungsziel dürfte bei derart langsamen Fortschritten nicht zu erreichen sein. Weitere Steuererleichterungen sind damit auf ab-

sehbare Zeit nicht möglich. Da in Dänemark im Oktober 2003 und in Finnland zu Beginn des laufenden Jahres die Besteuerung von Alkoholika erheblich verringert wurde und der »Schnaps-Tourismus« nach Dänemark bereits lebhaft in Schwung gekommen ist, dürfte eine Revision der Alkoholbesteuerung nur noch eine Frage der Zeit sein.

Eine wesentliche Entlastung für öffentliche Haushalte und Unternehmensbilanzen wären einschneidende Maßnahmen gegen die im westeuropäischen Vergleich **überaus umfanglichen krankheitsbedingten Absenzen am Arbeitsplatz** (Krankschreibungen, Frühpensionierungen). Im Jahre 2001 beliefen sich diese auf ca. 800 000 Mannjahre. Es waren wesentlich mehr Leute krank geschrieben, als Arbeitslose registriert. Das Ziel, die Zahl der Krankschreibungen bis 2008 zu halbieren und damit auf den Durchschnitt der neunziger Jahre zu senken, erscheint trotz schärferer Kontrollen etc. ambitioniert.

Die **Lohnpolitik** befindet sich angesichts der erst langsam vorankommenden konjunkturellen Erholung, spürbar zunehmender Arbeitslosigkeit und mäßig steigender Preise zunächst weiter auf moderatem Kurs. Das zeigt sich auch in den für 2004 seitens der Gewerkschaftsverbände LO und FI erhobenen Lohnforderung von 3 1/4% (einschließlich Wage-drift), welche eine Zunahme der Arbeitsverdienste um durchschnittlich 3 1/2% und damit gegenüber 2003 eine raschere Reallohnsteigerung erwarten lässt; in der verarbeitenden Industrie liegen sie unter, im öffentlichen Dienst über dieser Rate. Bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität um etwa 2 3/4% resultiert eine nur noch mäßige Zunahme der Lohnstückkosten, die nicht wesentlich über den für die EU und den Euroraum zu erwartenden Werten liegt. Es ist allerdings infolge der weitgehenden Verlagerung der Lohnbildungsprozesse im privaten Sektor auf die lokale Ebene schwierig geworden, sich ein Bild von der Lohnentwicklung zu machen. Denn die Branchentarifverträge geben den Tarifparteien auf örtlicher Ebene erheblichen Spielraum zu Abweichungen, je nach wirtschaftlicher Lage der Unternehmen. Das Statistische Zentralamt veröffentlicht aktuelle Lohnstatistiken lediglich für vier Bereiche und nicht für den gesamten privaten Wirtschaftssektor und schon gar nicht für die Gesamtwirtschaft. Im Jahre 2005 dürften infolge des lebhafteren Wirtschaftswachstums nicht nur stärkere Tarifloohnerhöhungen, sondern auch ein größere Wage-drift durchgesetzt werden; letztere spielt in Schweden eine größere Rolle als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.

Die **Arbeitsmarktpolitik** hat eine überraschende Kehrtwende insofern vollzogen, als sie nun mit Blick auf die für schwedische Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit auch hier Hürden für die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedern zunächst für zwei Jahre errichtet hat. Dies entspricht der Linie, die von allen derzeitigen EU-Mitgliedern, mit Ausnahme Irlands, verfolgt wird.

Noch 2001 hatte gerade die schwedische EU-Ratspräsidentschaft die von Österreich und Deutschland diesbezüglich geäußerte Absicht als unsolidarisch und ordnungspolitisch bedenklich hart kritisiert.

Integrationspolitisch bedeutet das Scheitern des Euro-Referendums im September 2003 einen relativen Rückschritt und einen Verlust an schwedischen Einflussmöglichkeiten, ganz zu schweigen von der nach wie vor besonders hohen Anfälligkeit der Krone für Kursschwankungen. Bei einem Ja hätte Dänemark mit hoher Wahrscheinlichkeit nachgezogen. Aber damit ist das Projekt vermutlich nicht gestorben, sondern nur verschoben. Denn nachdem nun der Wille zur Eigenständigkeit demonstriert worden ist, könnten die Wähler beim nächsten Anlauf zustimmen. Hierfür spricht auch, dass Umfragen zur Jahreswende 2003/2004 ein leichtes Übergewicht der Befürworter signalisieren. Wäre die Volksabstimmung positiv ausgefallen, wäre Schweden gemäß den Planungen zum 1. Januar 2005 dem Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystem beigetreten und hätte Anfang 2006 den Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt. Im Lichte der Erfahrungen, die bei der Einführung des Euro-Bargeldes gemacht wurden, sollte die öffentliche Hand zum Umstellungstermin auf jegliche Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichten und für kürzere Zeit vor und nach dem Termin staatliche Preiskontrollen einführen, wie sie schon den Übergang zur Mehrwertsteuer Anfang 1971 stabilitätspolitisch erfolgreich abgesichert hatten.

Energiepolitisch zieht sich der ohnehin halbherzig und von der Bevölkerung mehrheitlich auch gar nicht mehr erwünschte (1980 hatte sich allerdings in einem Referendum eine Mehrheit dafür ausgesprochen) Ausstieg aus der Kernenergie weiter hin; etwa die Hälfte des Elektrizitätsverbrauchs wird von den elf Atomkraftwerken gedeckt. Bisher ist erst die Kernkraftzentrale Barsebäck I (Malmö) abgeschaltet worden. Barsebäck II, ursprünglich für 2001 zur Schließung vorgesehen, produziert immer noch. Der Stilllegungsentschluss fällt umso schwerer, als die Exportindustrie von einer Einschränkung der Versorgung mit billiger Elektrizität die Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition erwartet, der kompensatorische Ausbau erneuerbarer Energien (Windkraft etc.) nicht rasch genug voran kommt, das Potential an Einsparungsmöglichkeiten krass überschätzt wurde und in den letzten Jahren verschiedentlich infolge ungewöhnlicher winterlicher Kälte bzw. zu geringer Niederschläge Engpässe bei der Stromversorgung auftraten. Es fällt schwer, sich weitere Abschaltungen vorzustellen ohne die Verletzung der für diese Fälle vorgegebenen Voraussetzungen (Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, Stabilität des Preisniveaus, keine zusätzliche Belastung der Umwelt etwa durch importierten oder selbst erzeugten Strom aus Kohlekraftwerken).

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $4\frac{1}{2}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $2\frac{3}{4}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um $3\frac{3}{4}\%$. In **Westeuropa**, und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2%; in Deutschland und im Euroraum expandiert es um $1\frac{3}{4}\%$. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 8% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 11% ausgeweitet werden.

In **Schweden** gewinnt die konjunkturelle Erholung an Breite und geht allmählich in einen Aufschwung über, wobei die Wirtschaftspolitik annähernd konjunkturalneutral wirkt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um $2\frac{1}{4}\%$, also etwas lebhafter als der westeuropäische Durchschnitt und als das auf ca. 2% geschätzte Potentialwachstum expandieren. Dies ist auch auf die Langzeitwirkung der in den neunziger Jahren erfolgten Rosskuren zurückzuführen. Weitaus am dynamischsten nimmt die Ausfuhr zu, kräftig stimuliert vom weltweiten Wirtschaftsaufschwung. Da die Einfuhr nicht ganz so rasch ausgeweitet wird, dürfte die Leistungsbilanz in Relation zum BIP einen neuerlich gestiegenen Überschuss ausweisen. Die langjährige Rezession der Bruttoanlageinvestitionen wird überwunden. Industrie und Dienstleistungssektor investieren wieder mehr, und der Wohnungsbau nimmt weiter zu (während der öffentliche Bau nochmals eingeschränkt wird). Der private Konsum expandiert rascher, obwohl die Beschäftigung etwas sinkt. Anregend wirken niedrigere Zinsen, höhere Hauspreise und Aktienkurse, das allgemein verbesserte Konjunkturklima und die damit sinkende Sparquote. Demgegenüber dürfte der Staatsverbrauch im Zuge der konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Linie ähnlich schleppend zunehmen wie 2003. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Lage etwas, bleibt im europäischen Vergleich aber weiterhin günstig. Die Beschäftigung nimmt etwas ab, und die Arbeitslosenquote steigt nochmals – auf $5\frac{3}{4}\%$ im Jahresdurchschnitt. Der Preisauftrieb bleibt mäßig, zumal der Lohnauftrieb nachlässt und die Importpreise stabilisierend wirken. Die Konsumentenpreise dürften um $1\frac{1}{2}\%$ über dem Niveau von 2003 liegen.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen nimmt vermutlich um rund 6% zu, wobei allerdings zu Jahresbeginn ein beträchtlicher Überhang besteht. Zwar steigt der handelsgewichtete Wechselkurs der Krone weiter. Aber wie üblich ist die Entwicklung der Weltkonjunktur das ausschlaggebende Moment, und diese ist kräftig aufwärts gerichtet. Hierbei kommt der kräftigste Nachfrageschub aus Nord-

amerika (Anteil am schwedischen Export 2002: 13%) und den ostasiatischen Ländern des Dollarraums (Ausfuhranteil 2002: 5,3%). In Richtung Schweden wird er zwar durch die weitere Aufwertung der Krone gegenüber dem US-Dollar gedämpft, aber gleichwohl kräftig sein. Erstens, weil das Wachstum im gesamten Dollarraum zunehmend von der Investitionskonjunktur getragen wird und Investitionsgüter einen Schwerpunkt der schwedischen Produktpalette bilden. Zweitens, weil die Nachfrage nach IT-Erzeugnissen kräftig aufwärts weist und ein schwedischer Großkonzern hier zu den weltweit führenden Anbietern zählt. Drittens entwickelt sich das Produktivitätswachstum gerade in der Exportindustrie seit vorigem Herbst recht günstig. Und schließlich wird die Exportkraft weiterhin gestärkt durch die mit 4,27% des BIP (2002) im internationalen Vergleich sehr hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Damit behalten schwedische Anbieter auch ihre starke Stellung innerhalb Westeuropas (dorthin gingen 2002 63% der Warenlieferungen), wo sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung (nunmehr mitgetragen von den Ausrüstungsinvestitionen) ebenfalls festigt und nennenswerte Wechselkursveränderungen zu Lasten schwedischer Anbieter wenig wahrscheinlich sind. Auch verschlechtert sich die Position beim Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber dem westeuropäischen Durchschnitt infolge der weiterhin erheblichen Rationalisierungsanstrengungen nur langsam. Da der **Import** etwas weniger lebhaft zunimmt als die Ausfuhr und sich die Terms of Trade leicht verbessern, dürfte die **Leistungsbilanz** mit einem auf 41/4% erhöhten Überschuss schließen.

Der **private Konsum** expandiert um 2 1/2% und damit zunächst weiter leicht beschleunigt. Stimulierend wirken neben dem allgemein günstigeren wirtschaftlichen Umfeld die weiter zunehmende Beschäftigung, niedrigere Zinsen sowie die sich tendenziell normalisierende Sparquote nach dem überdurchschnittlich hohen Stand der letzten beiden Jahre. Außer-

dem werden Aktienkurse und Hauspreise weiter steigen, und der Schock wegen der in den Jahren 2000/2002 infolge der Aktienbaisse erlittenen Vermögenseinbußen klingt ab. Andererseits dürften die realen verfügbaren Einkommen kaum schneller zunehmen als 2003, da die Lohnpolitik einen moderaten Kurs steuert und die Gebietskörperschaften Steuern, Gebühren und Abgaben teilweise spürbar heraufsetzen. Dauerhafte Güter, u.a. auch Unterhaltungselektronik, werden überdurchschnittlich von der Konsumausweitung profitieren. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte sich im Zuge der auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik sowie der um Budgetausgleich bemühten Gebietskörperschaften nur um 1/2% erhöhen, das Minimum dessen, was angesichts der demographischen Entwicklung zur quantitativen und qualitativen Aufrechterhaltung der öffentlichen Leistungen nötig erscheint.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** überwinden die Rezession der beiden Vorjahre und expandieren um 1 3/4%, wobei die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen einerseits und bei den Bauinvestitionen andererseits sehr unterschiedlich verläuft. Entscheidend ist das Anspringen der Investitionstätigkeit in der verarbeitenden Industrie sowie im Dienstleistungssektor, wo 2002 und 2003 zusammengenommen Einbrüche von annähernd 11% zu verzeichnen waren. Dies impliziert Nachholbedarf vor allem an Ausrüstungsinvestitionen. Zusätzlich stimulieren bessere Absatz- und Ertragsaussichten, gesunkene Zinsen und der Zwang zu scharfer Rationalisierung der Produktion. Erweiterungsinvestitionen dürften noch nicht in größerem Umfang getätigt werden, da die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie im Jahresdurchschnitt vermutlich erst wieder das Mittel der neunziger Jahre erreichen wird. Nach dem scharfen Einbruch der Vorjahre ist vor allem in der Investitionsgüterindustrie eine deutliche zyklische Wende zu erwarten. Die Bauinvestitionen sind ebenfalls aufwärts gerichtet. Der Wohnungsbau gewinnt nach vorübergehendem schwachen Wachstum vor

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003 ^{a)} KI ^{b)}	KI ^{b)}	2004 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}	KI ^{b)}	2005 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	2,2	2,2	2,3	2,5	2,6	2,7
Inlandsnachfrage	0,7	0,9	1,8	1,8	2,1	2,6	2,3	2,7
Privater Verbrauch	1,3	1,9	2,7	2,3	2,5	3,0	2,3	2,6
Staatsverbrauch	2,1	0,6	0,2	0,6	0,7	0,3	0,7	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	-2,5	-2,0	1,2	2,2	2,7	5,3	4,9	6,1
Exporte ^{e)}	0,4	5,7	5,9	6,0	5,0	6,5	6,8	6,6
Importe ^{e)}	-2,7	4,7	5,7	5,6	4,8	7,6	7,0	6,9
Industrieproduktion (ohne Bau)	-3,4	1,7	3,1	n.a.	n.a.	4,8	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,0	2,3	1,1	1,4	1,4	1,3	1,7	2,2
Arbeitslosenquote	4,9	5,5	5,9	5,8	4,7	5,6	5,7	4,4
Leistungsbilanz ^{f)}	4,2	4,7	5,3	4,1	4,3	5,4	4,4	4,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	1,3	0,3	0,4	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Konjunkturinstitutet, Stockholm, vom Dezember 2003. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom Oktober 2003. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2003. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

allem in den Agglomerationen allmählich an Dynamik, gefördert durch gesunkene Zinsen, steigende Immobilienpreise und stetig zunehmende reale verfügbare Einkommen. Allerdings zeichnet sich eine Verschiebung hin zu weniger exklusiven Bauten ab. Im gewerblich-industriellen Bau dürfte die Durststrecke erst im späteren Verlauf des Jahres auslaufen. Hohe Leerstände und zunächst noch sinkende Mieten für Büro- und Geschäftsräume bremsen ebenso wie die erst vereinzelten Erweiterungsinvestitionen in Industrie und Distribution mit Ausnahme der stärker in Schwung kommenden Netzinvestitionen für die dritte Mobilfunk-Generation. Der öffentliche Bau wird von den auf allen Ebenen der Verwaltung durchgeführten Sparmaßnahmen beeinträchtigt. Er dürfte im Laufe des Jahres zurückgehen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** ist eine weitere Abnahme der Beschäftigung bei fortgesetzter, wiewohl allmählich abschwächender Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte – entsprechend dem Schema von EUROSTAT – im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{3}{4}\%$ steigen. Diese Entwicklung bei gleichzeitig weiter anziehendem Wirtschaftswachstum beweist einmal mehr, dass der Arbeitsmarkt ein Nachläufer der Konjunktur ist. Negative Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt werden 2004 und auch in den folgenden Jahren nicht befürchtet, da Schweden wie fast alle EU-Länder von der vertraglich vorgesehenen Möglichkeit zur Begrenzung des Zuzugs mitteleuropäischer Arbeitskräfte Gebrauch macht.

Die Preise, hierauf lässt auch die Entwicklung der Großhandelspreise schließen, werden nur langsam steigen. Gedämpft wird die Inflation durch Verbilligungen bei der Einfuhr, moderatere Lohnabschlüsse und niedrigere Zinsen. Preistreibend wirken hingegen die neuerlichen Anhebungen von Gebühren und administrierten Preisen seitens der Regionen und Gemeinden. Letztere wollen außerdem die Mieten für Gemeindewohnungen spürbar heraufsetzen. Zudem wurde die Energiesteuer angehoben. Schweden ist indes nicht das einzige westeuropäische Land, in dem die öffentliche Hand dem Preisauftrieb überdurchschnittlich Vorschub leistet. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften sich im Jahresdurchschnitt um $1\frac{1}{2}\%$ erhöhen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $3\frac{1}{4}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $1\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 4%. In **Westeuropa** und der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. $2\frac{1}{2}\%$; im Euroraum und in Deutschland expandiert es etwas weniger kräftig. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt wie-

der bei 29,5 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,25 bis 1,35 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von $9\frac{1}{4}\%$ ausgeweitet werden.

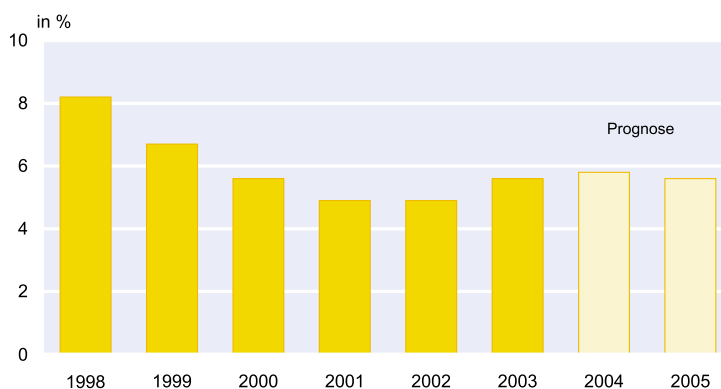
In **Schweden** setzt sich das Wachstum von Nachfrage und Produktion bis weit in das Jahr hinein in tendenziell wenig verändertem Tempo fort, mehr als bisher basierend auf der Inlandsnachfrage, obwohl die Wirtschaftspolitik weiterhin ungefähr konjunkturneutral wirkt. Die Ausfuhr, angeregt von der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung, weist trotz nochmals steigendem Wechselkurs der Krone erneut die höchste Veränderungsrate aller Nachfrageaggregate auf. Da der Import jedoch noch dynamischer ausgeweitet werden dürfte, wird der von der Außenwirtschaft ausgehende Wachstumsbeitrag geringer sein als 2004; in Relation zum BIP erhöht sich das Aktivum der Leistungsbilanz kaum noch. Bei der inländische Nachfrage weisen die Bruttoanlageinvestitionen erstmals seit dem Jahr 2000 wieder die größte Dynamik auf, und dies auf breiter Basis. So dürfte die Zunahme bei den Ausrüstungsinvestitionen ihren zyklischen Höhepunkt erreichen, stimuliert durch die weiter verbesserte Absatz- und Ertragssituation, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten und steigende Kapazitätsauslastung. Aber auch die Bauinvestitionen gewinnen auf breiter Front an Schwung. Der private Konsum wird durch rascher steigende reale verfügbare Einkommen sowie durch die weiter sinkende Sparquote angeregt, während sich der öffentliche Verbrauch weiterhin nur schwach erhöht. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandiert um annähernd $2\frac{3}{4}\%$, also wiederum stärker als das Wachstum des Produktionspotentials. Infolgedessen bessert sich auf dem Arbeitsmarkt die Lage langsam, aber stetig; die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{1}{2}\%$ sinken. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs verteuert sich aber auch die Lebenshaltung rascher. Die Konsumentenpreise dürften um etwa 2% über dem Niveau von 2004 liegen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um annähernd 7% zunehmen, stimuliert von der immer noch deutlich aufwärts gerichteten Weltkonjunktur und nur leicht gedämpft von der nochmals aufwertenden Krone und dem leicht über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Anstieg der Lohnstückkosten. Zwar ist in den USA nach den Präsidentschaftswahlen eine nicht mehr so expansive Wirtschaftspolitik und ein weniger lebhaftes Wirtschaftswachstum zu erwarten. Aber in Ost- und Südostasien sowie in Europa erhöhen sich Nachfrage und Produktion stärker als 2004. Das gilt insbesondere für Mittel- und Osteuropa, dessen Anteil an den Warenlieferungen 2002 6,6% betragen hatte, der weiter spürbar steigt. Im Einzelnen profitieren schwedische Anbieter weiterhin besonders von der weltweit sehr lebhaften Nachfrage nach IT-Produkten und anderen langlebigen

Konsumgütern sowie – im Zuge des international immer noch aufwärts schwingenden Investitionszyklus – nach den auf der schwedischen Exportpalette besonders schwer wiegenden Investitionsgütern. Die weitere Aufwertung der Krone wird die Ausfuhrerweiterung weniger als im Vorjahr bremsen, da diese gegenüber den Währungen des Dollarraumes nicht mehr so stark und gegenüber dem Euro gar nicht mehr aufwerten dürfte. Da der **Import** noch dynamischer wächst als die Ausfuhr und sich die Terms of Trade kaum noch verbessern, dürfte im Verhältnis zum BIP ein etwa dem Ergebnis des Vorjahres entsprechender Überschuss der **Leistungsbilanz** resultieren.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** expandieren vermutlich um $5\frac{1}{2}\%$. Deutlich lebhafter werden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet. Das gilt besonders für Industrie und privaten Dienstleistungssektor. Stimulierend wirken günstigere Produktionsentwicklung sowie verbesserte Absatz- und Ertragsprognosen, immer noch günstige Finanzierungsmöglichkeiten, der über dem langfristigen Durchschnitt steigende Auslastungsgrad in der verarbeitenden Industrie, der noch nicht gedeckter Nachholbedarf nach den Jahren der Investitionsrezession 2002/2003 sowie der eher noch verschärfte Zwang zur Rationalisierung angesichts der nach wie vor etwas rascher als im westeuropäischen Vergleich steigenden Lohnstückkosten. Hinzu addiert sich der forcierte Ausbau der Übertragungsnetze für die dritte Mobilfunk-Generation. Die Bauinvestitionen nehmen zwar unterdurchschnittlich, aber auf ganzer Breite zu. Der Wohnungsbau wird durch die immer noch günstigen Hypothekenzinsen, spürbar steigende reale verfügbare Einkommen, günstige konjunkturelle Perspektiven und die Überwindung der zyklischen Flaute im Großraum Stockholm angeregt. Die Industrie investiert u.a. im Zuge von Kapazitätserweiterung mehr in Bauten. Und schließlich nimmt mit fortgesetztem Wirtschaftswachstum auch die Nachfrage nach Büro- und Ladenlokalen wieder zu. Investitionen in diesem Bereich rentieren sich auch wieder besser, nachdem der Tiefpunkt bei den Mieten für Geschäftsräume 2004 durchschritten worden war. Auch die öffentliche Hand weitet ihre Investitionen (ganz überwiegend sind das Bauinvestitionen) aus, da die finanzielle Lage der Gebietskörperschaften im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs sowie infolge von Steuer- und Gebührenerhöhungen spürbar besser wird.

Der **private Konsum** nimmt um $2\frac{3}{4}\%$ zu, wesentlich stimuliert von den deutlich steigenden realen verfügbaren Einkommen, der sich verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie dem günstigeren konjunkturellen Umfeld. Letzteres bewirkt erfahrungsgemäß eine Reduktion der Sparquote, und dies umso mehr, als mit einem weiteren Anstieg

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

von Hauspreisen und Aktienkursen gerechnet werden kann. Auch sind die Zinsen immer noch niedrig. Überdurchschnittlich dürften dauerhafte Konsumgüter, besonders IT-Erzeugnisse, Automobile, Wohnungseinrichtungen, von dieser Verbrauchsentwicklung profitieren. Ferner wird wohl erheblich mehr Geld für Auslandsreisen ausgegeben werden, da diese durch die Aufwertung der Krone billiger geworden sind und die Konsumenten auf diesem Gebiet während der Jahre 2001/2003 eine erhebliche Zurückhaltung gezeigt haben. Der **öffentliche Verbrauch** dürfte, der konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Linie folgend, nur um $\frac{3}{4}\%$ ausgeweitet werden.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Situation langsam, aber stetig. Die Beschäftigung erhöht sich allmählich, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Diese Entwicklung ist hauptsächlich konjunkturell bedingt, doch spielt auch die Ausweitung der Teilzeitarbeit eine Rolle. Da in vielen Fällen Fachkräfte auch während der zurückliegenden konjunkturellen Flaute gehalten worden waren und die Arbeitsproduktivität spürbar steigt, dürfte der in Zeiten guter Konjunktur übliche Mangel an qualifizierten Kräften zwar zunehmen, aber in relativ engen Grenzen bleiben. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf $5\frac{1}{2}\%$ sinken.

Die **Konsumentenpreise** (HVP) erhöhen sich wieder schneller. Im Jahresdurchschnitt dürften sie um ca. 2% steigen. Die Lohnkosten tendieren stärker aufwärts, bessere Konjunktur und steigende Kapazitätsauslastung erlauben die Durchsetzung höherer Preise und besserer Gewinnmargen, die von den Importpreisen ausgehenden stabilisierenden Effekte lassen nach, und Regionen und Gemeinden setzen neuerlich Gebühren und administrierte Preise herauf. Ferner steigen die Zinsen im weiteren Verlauf des Jahres wieder.

Abgeschlossen am 18. Februar 2004